

Deutsche Gesellschaft für Sonnenenergie e.V.
EUREF-Campus 16, D-10829 Berlin

**Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie**

**Frau Bundesministerin
Katherina Reiche**

per Mail an:
info@bmwe.bund.de



**Deutsche
Gesellschaft
Sonnenenergie**

Deutsche Gesellschaft
für Sonnenenergie e.V.

EUREF-Campus 16
D-10829 Berlin

+49 (0) 30 58 58 238 - 00
info@dgs.de

www.dgs.de

Berlin, 18.08.2025

Offener Brief der Deutschen Gesellschaft für Sonnenenergie (DGS) e.V. Argumente zum Photovoltaikausbau

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Reiche,

dass derzeit von verschiedenen Seiten – auch von Ihnen persönlich – in den vergangenen Wochen negative Aussagen gegen die Solarenergie in die Öffentlichkeit getragen wurden, ließe sich als "politisches Sommertheater" abtun. Doch hinter dem Schlagwort „Photovoltaik“ stehen Millionen Anlagenbesitzer:innen, viele Interessierte und noch mehr Sympathisierende sowie ein gesamter Wirtschaftszweig, die hinter dieser Technik als einer der wesentlichen Klimaschutzlösungen und einem Beitrag zu einer wirtschaftlich stabilen und modernen Zukunft unseres Landes stehen.

Deshalb können und werden wir, die Deutsche Gesellschaft für Sonnenenergie e.V., einige Aussagen nicht unwidersprochen stehen lassen, sondern im Folgenden faktenbasiert Stellung beziehen.

Gerne stehen wir selbstverständlich für tiefere Diskussionen zur Verfügung, unsere Kontaktdaten finden Sie am Ende dieses Schreibens.

„Wir haben in der Vergangenheit zu viel erneuerbare Energien umgesetzt“



Nein. Durch ein politisches „Abwürgen“ (nach der Aufschwungzeit der Solarbranche) in den Jahren 2010 bis 2012 wurde die Photovoltaik in Deutschland von 7 GW Jahreszubau dramatisch auf 1 GW Jahreszubau reduziert. Hätte man den hohen Ausbau bei der Photovoltaik und anderen erneuerbaren Energien beibehalten, dann wären wir heute wesentlich weiter mit der Erfüllung der Pariser Klimaziele und dem Schutz der Bevölkerung. Zudem wäre der Wirtschaftsstandort Deutschland deutlich moderner und zukunftssicherer aufgestellt, als es heute der Fall ist.

Durch das politische Abwürgen wurden große Industrieplayer in die Insolvenz getrieben, viele kleine Firmen ebenso. Der Schaden – nicht nur beim Image als Technologiestandort, sondern auch wirtschaftlich – war und ist enorm. Zehntausende von Arbeitsplätzen sind damals verloren gegangen.

Für die Umsetzung der Klimaziele von Paris sind Ausbaupfade für die erneuerbaren Energien im EEG definiert worden, die aktuell im PV-Bereich deutlich unterschritten werden (im ersten Halbjahr wurden in Deutschland ca. 7 GW installiert, das Jahresziel nach EEG sind 18 GW für das Gesamtjahr 2025!).

Wir fordern daher:

1. Ein klares Bekenntnis, an den Ausbauzielen der erneuerbaren Energien insgesamt festzuhalten, insbesondere an der Photovoltaik (inklusive Stromspeicher).
2. Die Sicherstellung des schnellen weiteren Ausbaus nach EEG-Pfad
3. Das Beachten der Wünsche der Bevölkerung, bei der Solarstrom auch nach Umfragen die beliebteste Form der Energieerzeugung darstellt [1]. Dies ist mit einer Reduzierung oder gar Streichung von Einspeisevergütung oder anderen Fördermethoden nicht zu erreichen.
4. Die Einhaltung des Koalitionsvertrages hinsichtlich der Einhaltung der deutschen und europäischen Klimaziele mit vorrangiger CO₂-Vermeidung zur Erreichung.

„Wir können den Ausbau der Erneuerbaren Energien zeitlich strecken“

Nein. Dazu haben wir keine Zeit. Wir wollten an dieser Stelle eigentlich nicht die aktuellen Auswirkungen aufzählen, aber leider muss es wohl doch sein: Extremwetter-Ereignisse, wie u.a. Hitzewelle in Deutschland, Hitzewelle in Frankreich (mit negativen Auswirkungen auf die Stromversorgung und Strompreise), Waldbrände in Südeuropa (wirtschaftliche Katastrophe) und sicher auch bald wieder niedriger Pegelstand im Rhein (Belastung für die Wirtschaft u.a. wegen der Transportkosten). Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen – der Klimawandel ist klar bei uns angekommen. Daher: Wir dürfen nicht „weiter so“ abwarten, wir müssen die Energiewende so schnell es geht weiter umsetzen. Das sehen auch führende Fachleute (nicht nur aus dem Klimaschutzbereich) so [2], [3].

Die AG Energiebilanzen nennt für das 1. Halbjahr eine Zunahme des Primärenergiebedarfs um 2,3 Prozent und eine Zunahme der Steinkohleverstromung im Land um 23 Prozent gegenüber dem Vorjahr [4]. Das ist die völlig falsche Richtung!

Wir fordern daher:

- eine Beibehaltung der Klimaziele und eine konsequente Umsetzung
- eine kritische Prüfung der angedachten Gaskraftwerke unter Klimagesichtspunkten
- eine kritische Prüfung aller aktueller und weiterer geplanter fossiler Subventionen

„Die Photovoltaik hat energiewirtschaftlich keine Bedeutung“



Doch. Dahinter stehen inzwischen die Betreiber:innen von fast fünf Millionen Photovoltaikanlagen (inklusive vieler Mieter:innen mit einem kleinen Steckersolarmodul), die alle bei der Energiewende mitmachen [5]. Die Photovoltaik konnte dank des großen Engagements von Forschung, Industrie, Handel und den vielen Installationsbetrieben in den letzten Jahren in die Massenumsetzung gehen und klare Kostenvorteile erreichen – wie es übrigens die Politik mit der Einführung des ersten EEG im Jahr 2000 erreichen wollte.

Heute stehen die erneuerbaren Energien für rund 60 Prozent der öffentlichen Stromerzeugung, die Photovoltaik verzeichnet aktuell am Bruttostromverbrauch rund 14 Prozent – was vor 10, 15 Jahren als undenkbar abgetan wurde. Das könnte auch einmal als Erfolg gewürdigt werden.

Weiterhin wurde mit der letzten EEG-Reform auch Verantwortung der kleinen PV-Betreiber übernommen: Steuermöglichkeit der Anlagen durch die Netzbetreiber, Nullvergütung bei negativen Strompreisen usw. sind gesetzlich festgelegt. Wer heute noch davon spricht, dass PV-Strom „einfach ungeregelt“ die Netze flutet, der spricht nicht die Wahrheit.

Und die Fernsteuerbarkeit für Anlagen >100 kWp ist über das EEG bereits seit dem Jahr 2011 festgeschrieben. Solange wird bereits Verantwortung für die Stabilität der Stromnetze durch PV-Betreiber übernommen.

Wir fordern daher:

- die Anerkennung, dass PV-Anlagen heute schon sehr wohl Verantwortung für die Stabilität der Stromnetze übernehmen
- das Ende der Diskussion über weitere bremsende Schritte
- das Unterlassen der Versuche, diese Zukunftstechnologie ein zweites Mal in unserem Land auszubremsen

„Die Photovoltaik hat wirtschaftspolitisch keine Bedeutung“



Doch. Dahinter stehen rund 150.000 Beschäftigte in Tausenden Unternehmen in Deutschland, die engagiert Klimaschutz und Energiewende nach vorne bringen. Dazu viele Begeisterte in Energiegenossenschaften, Vereinen und Bürgerinitiativen, die das Thema aus Überzeugung voranbringen wollen. Forschung und Entwicklung sind technologisch im internationalen Spitzenbereich angesiedelt – mit allen positiven Konsequenzen.

Vor allem von privaten Anlagenbetreiber:innen wird hier Geld investiert, wo es für große Investoren nicht rentabel wäre. Und: Die vielen Tausend kleinen PV-Anlagen, die landesweit installiert werden, sorgen für Arbeit in allen Ecken der Republik, nicht nur für Planung und Bau, sondern auch bei Wartung und Reparaturen. Die Photovoltaik ist in Deutschland ein stark wachsender Wirtschaftsfaktor, den viele Firmen und Menschen täglich voranbringen. Dies nun zu untergraben, ist nicht nur ein klimapolitisches Desaster, sondern auch ein Schlag ins Gesicht des deutschen Mittelstandes.

Jede erzeugte Kilowattstunde spart außerdem CO₂ ein und reduziert die Abhängigkeit von Energieimporten. Auch das könnte einmal als Erfolg gewürdigt werden, mit Blick auf die fossile Abhängigkeit von autoritären Regierungen auch als alternativlos.

Wir fordern daher:

- den Ausbau der PV in Deutschland auf dem vorliegenden Ausbaupfad weiterzuführen, auch um die Arbeitsplätze und Investitionen im gesamten Land zu erhalten.

„Kleine PV-Anlagen rechnen sich auch ohne Vergütung“



Nein. Sicher gibt es einzelne Beispiele, bei denen ein Prosumer-Haushalt mit hohem Strombedarf für Wärmepumpe und Elektroauto eine PV-Anlage heute schon ohne Förderung wirtschaftlich betreiben kann. Für den Großteil der jetzt neu zu installieren Kleinanlagen gilt das heute noch nicht. Hier ist auch in den kommenden Jahren noch eine Kombination aus Eigenverbrauch und Einspeisevergütung notwendig, damit die Investition überhaupt realisiert wird.

Erst zum 1. August 2025 wurde der Fördersatz gemäß der aktuellen gesetzlichen Regelung weiter abgesenkt, das erfolgt derzeit halbjährlich. Eine weitere Verunsicherung und Verschärfung der Absenkung bedarf es daher nicht. Wir sind gerne bereit, sobald sich bei einer typischen kleinen PV-Anlage in einigen Jahren die Rentabilität ohne Förderung darstellt, Ihnen dies mitzuteilen.

Aktuell sind PV-Anlagenbetreiber jedoch mit

- steigenden Zählerkosten dank Smart Meter-Pflicht
- steigenden Kosten dank politischer Vorgabe der Steuermöglichkeit
- wachsender Komplexität bei der Abstimmung mit dem Netzbetreiber
- Rechtsunsicherheiten durch fehlende Freigabe des EEG bei der EU konfrontiert. All diese Punkte machen PV-Anlagen teurer, nicht günstiger.

Alle diese Punkte liegen im politischen Einflussbereich des Bundeswirtschaftsministeriums und behindern den Ausbau, statt ihn zu beschleunigen.

Wir fordern daher:

- eine Beibehaltung der aktuellen EEG-Vergütungsregelung auch für kleine Anlagen
- eine weitere Vereinfachung und Entbürokratisierung für PV-Betreiber
- die notwendigen Prozesse bei den Netzbetreibern (von Einspeiseanfrage bis Zählersetzung) sicherzustellen und bei Verstößen zu sanktionieren
- die schnelle Herbeiführung von Rechtsklarheit beim EEG (EU-Freigabe), aber auch bei Themen wie der „Kundenanlage“ (EnWG), wo derzeit massive Rechtsunsicherheit durch das BGH-Urteil herrscht
- eine sichtbar positive Haltung des Bundeswirtschaftsministeriums pro Ausbau Solarenergie und Erneuerbarer Energien im allgemeinen



„Solarstrom aus kleinen Anlagen ist zu teuer“

Falsch. Die kalkulatorischen Erzeugungspreise liegen bei kleinen Dachanlagen zwischen rund 10 und 15 Cent pro erzeugter Kilowattstunde und ist damit für Hausbesitzer:innen weitaus günstiger als jeder Stromeinkauf aus anderen Kraftwerken über die Stromnetze. Das kommt nicht nur der Umwelt und dem Klimaschutz, sondern auch der Volkswirtschaft zugute.

Nebenbei: Mit rund einem Drittel des Marktes haben gerade die kleinen Anlagenbetreiber:innen mit einem großen Beitrag für das Wachstum, Marktvolumen und die daraus resultierenden Preissenkungen in den vergangenen Jahren gesorgt. Und sie haben mit niedrigen Renditen investiert, wo große Energiekonzerne die Photovoltaik als unrentabel abgetan haben.

Nachdem der Großhandelsstrompreis (nach einer Auswertung von IWR) in 2024 bei durchschnittlich 7,95 Cent/kWh lag, ist festzuhalten, dass dieser Wert geringer als noch 2021 (mit 6 AKW, aber weniger erneuerbarem Strom) war. Die Mär der teuren erneuerbaren Energien sollte nicht mehr verbreitet werden.

„Kleine PV-Anlagen müssen smarter werden und in die Direktvermarktung“

Nein, heute noch nicht. Derzeit steht kein massentauglicher Prozess für PV-Anlagen zur Verfügung. Für die Anforderungen des §14 a EnWG bei steuerbaren Verbrauchern stellen manche Netzbetreiber technische Vorgaben, andere nicht. Die Umsetzung der gesetzlich geforderten Steuerboxen für kleine PV scheitert am lahmen Smart-Meter-Rollout und an der Zertifizierung der Geräte – derzeit ist nach unserem Kenntnisstand noch keiner der knapp 900 Netzbetreiber in Deutschland im Standard-Rollout der Steuerboxen.

Kleine PV-Anlagen in die Direktvermarktung zu nehmen, scheitert daher derzeit an den hohen Kosten und oftmals auch einfach an organisatorischen Problemen, weil die Abstimmungen zwischen Investor, Netzbetreiber und Direktvermarkter schlicht nicht funktionieren.

„Der Netzausbau/die Netzbetreiber kommen nicht hinterher“



Ja, das ist derzeit wirklich die Realität. Aber ist das ein Grund, eine „Schuld“ jetzt in dem schnellen Ausbau der erneuerbaren Energien zu suchen? Die aktuellen Ausbauziele des EEG wurden mit dem Gesetzesbeschluss im Jahr 2020 („EEG 2021“) veröffentlicht. Jeder Netzbetreiber hatte über Jahre die Möglichkeit gehabt, dazu abzuschätzen, wieviel Aufwand damit auf ihn zukommt und wie er das bewältigen kann. Das ist offensichtlich nicht passiert. Die Begründung "Wir schaffen es nicht, weil wir getrödeln haben" lehnen wir als unzureichend ab.

Stattdessen zeigt eine aktuelle Studie, dass Stromkundinnen und -kunden nur zu 30 Prozent mit ihrem Netzbetreiber zufrieden sind [6]. Die Bundesnetzagentur muss ein Verfahren gegen die Westnetz starten, weil PV-Einspeiser mit ihren Anlagen von Ihrem Netzbetreiber die gesetzlich garantierte Einspeisevergütung nicht überwiesen erhalten. Das kann doch einfach nicht wahr sein. Solches Verhalten ist einem Rechtsstaat schlicht nicht würdig und muss gestoppt und in Zukunft verhindert werden. Wir empfehlen dringend, hier tätig zu werden, das wäre eine Aufgabe für Ihr Ministerium.

Welche der Netzbetreiber, die im Internet beim Smart-Meter-Rollout einen Umsetzungsstand von Null Prozent (!) melden [7], werden denn eigentlich zu einem klärenden Gespräch ins Ministerium eingeladen? Die Digitalisierung ist ganz wichtig – sonntags, in den Reden. Sie kommt aber in der Praxis aktuell bei PV-Betreibern und allgemein in den Stromnetzen oft leider nicht an.

Laut BNetzA-Bericht aus dem Jahr 2022 haben 75 Prozent der befragten 82 Netzbetreiber „keine echtzeitnahen Zustandsdaten kritischer Bereiche“ [8]. Hier besteht ebenfalls dringender Handlungsbedarf. Und: Warum wurden die Netzausbaupläne eigentlich in den vergangenen Jahren nicht mit den geplanten EEG-Ausbauzielen „übereinandergelegt“ und synchronisiert?

Hier gibt es aus unserer Sicht massive Versäumnisse aus der Vergangenheit, die einen politischen Steuerungseingriff benötigen. Ist aktuell vorgesehen, die Netze und Flexibilitäten so auszubauen, dass der Zubau der erneuerbaren Energie ausreichend aufgenommen werden kann?

„Wir brauchen 20 GW neue Gaskraftwerke“



Nein. Statt vieler Gaskraftwerke brauchen wir flexibilisierte Biogas-KWK und Stromspeicher sowie den massiven Ausbau von Wind und PV, plus Anreize, weniger Strom und Wärme zu verbrauchen. Sicherlich, die Versorgungssicherheit im Stromnetz bei uns ist ein hohes Gut und muss gewährleistet bleiben, auch in den wenigen Tagen einer Dunkelflaute. Dass jetzt aber ein massiver Ausbau von fossilen Gaskraftwerken erfolgen soll, wäre ein gewaltiger Rückschritt, nicht zu vergessen ein langwieriges Verfahren: Wir gehen davon aus, dass große Batteriespeicher um Jahre schneller errichtet werden können als neue, komplexe Fossil-Kraftwerke, die nach aktuellem Stand noch nicht einmal H2-ready sein müssen. Mit Fossilen, die weiterhin Subventionen erhalten, zementieren wir, dass die Fossilen für die nächsten 30 bis 40 Jahre laufen müssen. Was wir brauchen, sind mehr Energiespeicher, ein cleveres Energiemanagement, neue kreative Ideen und Umsetzungen, die CO₂-frei sind – aber nicht noch mehr fossile „Brücken“ in die Zukunft. Gerade innovative Technologien wie große Batteriespeicher sind dafür besonders geeignet und könnten mit erneuerbarer Energie betreiben werden, wären also klar auf dem Pfad in Richtung klimaneutraler Zukunft. Das ist schlicht auch eine Frage der Positionierung gegen (alte fossile) oder für (erneuerbare) den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Wir fordern daher:

- eine gezielte Betrachtung der wirklich notwendigen Absicherung von Dunkelflauten
- eine rasche Umsetzung aller Maßnahmen, die dazu mit erneuerbaren Energien arbeiten statt mit Erdgas oder anderen fossilen Brennstoffen
- wenn danach immer noch wenige Gaskraftwerke notwendig sein sollten, müssen diese von Anfang an klimaneutral betrieben werden. Alles andere ist nicht akzeptabel.

„Wir brauchen Investitionssicherheit“



Diese Aussage hört man aus der Energiewirtschaft seit Jahren, wir fordern diese auch für den Bereich der erneuerbaren Energien. Es kann nicht sein, dass durch politische Differenzen und die damit fehlende EU-Freigabe die wirtschaftliche Umsetzung von Agri-PV und großen PV-Gewerbedächern gefährdet wird.

Ebenso wenig hilfreich sind immer neue Spekulationen über zusätzliche Belastungen für die Anlagenbetreiber:innen, die die Energiewende mit eigenem Geld voranbringen. Als Beispiel dazu können die neuen Vorschläge der Bundesnetzagentur gelten, Einspeiser in Zukunft auch an den Netzegebühren zu beteiligen.

Auch im Bereich der erneuerbaren Energien finden sich Investor:innen nur, wenn die Rahmenbedingungen „stimmen“ und verlässlich sind. Diesen Rahmen zu schaffen, ist eine politische Aufgabe Ihres Hauses, Frau Reiche, für Investitionssicherheit können Sie sorgen. Ein vielstimmiges „Hin und Her“ ist das Gegenteil der geforderten Investitionssicherheit.

Wir fordern daher:

- Die Abschaffung der fossilen Subventionen und Umwidmung für den Bevölkerungsschutz (Hitzeschutzpläne, Trinkwasserversorgung, resiliente Mittel- und Niederspannungsebenen. Wärmenetze, Ausbau von großen Strom- und Wärmespeichern, Unterstützung von Energiegenossenschaften und vieles mehr)
- eine Perspektive für die Photovoltaik in den kommenden Jahren mit klaren Ausbauzielen, stabilem und belastbarem Rechtsrahmen und damit Investitionssicherheit für alle Akteure – von Netzbetreibern bis Anlageninvestoren.

„Wir brauchen Energy Sharing!“



Ja, da stimmen wir voll zu. Seit dem aktuellen EnWG-Entwurf sind wir jedoch skeptisch: Warum braucht es dafür eine neue, eigene IT-Infrastruktur für dieses Umsetzungsmodell? Warum wird im EnWG-Entwurf der Start des Energy Sharing für 1.6.2026 festgelegt (Entwurf §42c), die Umsetzung der dafür angedachten IT-Infrastruktur jedoch auf „ein Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes“? Ein „funktionierender Betrieb“ der Struktur soll erst „zwei Jahre nach Inkrafttreten“ sichergestellt sein (Entwurf §20b neu). Damit ist schon heute offensichtlich die Zeitschiene nicht zu halten, die nächste Blockade droht, der aktuelle Gesetzentwurf des EnWG enttäuscht wieder einmal allein bei der Setzung der Rahmenbedingungen.

Wir fordern daher:

- das Energy Sharing mit dem EnWG voranzubringen – nicht nur im Gesetz, sondern auch konkret umsetzungsfähig
- die Zeitfristen im EnWG so anzupassen, dass mit realen Projekten bundesweit zum 1.6.2026 gestartet werden kann.
- andere Möglichkeiten der solaren Teilhabe (Mieterstrom, Steckersolar) attraktiver zu machen

Sehr geehrte Frau Reiche, wir glauben, damit hier einige gute Argumente aufgeführt zu haben. Über eine Rückmeldung dazu würden wir uns freuen.

Über die Deutsche Gesellschaft für Sonnenenergie (DGS) e.V.



Die Deutsche Gesellschaft für Sonnenenergie e.V. wurde 1975 in München gegründet. Seit 1989 ist sie gleichzeitig die deutsche Sektion der International Solar Energy Society (ISES). Ihre bundesweite satzungsgemäße Tätigkeit ist als gemeinnützig anerkannt.

Die DGS feiert in diesem Jahr ihr 50jähriges Bestehen.

Die DGS vertritt die Interessen von Verbrauchern und Anwendern für die Bereiche Erneuerbare Energien und der rationellen Verwendung von Energie. Durch ihre Landesverbände stellt die DGS Hilfestellungen für Unternehmen, Investoren, Eigenversorger, Projektierer und Berater im Bereich der Solartechnik bereit, neben der vereinseigenen Fachzeitschrift „Sonnenenergie“ insbesondere im Bereich der Aus- und Fortbildung (DGS-Solarakademien und -solarschulen) und mit praktischen Anwendungshilfen wie Leitfäden und Vertragsmuster für die Versorgung vor Ort („PV Mieten Plus“) und Software zur Wirtschaftlichkeitsberechnung solcher Projekte („PV@Now“).

Aus ihrer Arbeit und dem engen Kontakt zu Anwendern heraus hat die DGS einen besonderen und langjährigen Einblick in die Probleme, die sich beim Ausbau der Erneuerbaren Energien auf, an oder in Gebäuden stellen. In diesem Bereich sind große Potentiale des Ausbaus der Solarenergie, sowohl zur Strom- als auch zur Wärmeerzeugung, in der Vergangenheit ungenutzt geblieben.

Viele intelligente und technisch mögliche Konzepte zur Nutzung von Solarenergie konnten in den vergangenen Jahren leider nur schleppend umgesetzt werden, obwohl dies zur Beschleunigung der Energiewende unbedingt rasch nötig ist.

Wie geht es nun weiter?



Wir als DGS haben in der Vergangenheit, zum Beispiel im Rahmen der Verbändeanhörung, immer konstruktive Vorschläge gemacht, um den weiteren PV-Ausbau stetig und sicher, aber auch einfach und damit kostengünstig umsetzen zu können.

Wir durften uns beim aktuellen EnWG-Gesetzentwurf jedoch wieder einmal wundern, dass fast alle unserer vorgeschlagenen Punkte [9] im Regierungsbeschluss nicht enthalten sind. Trotzdem halten wir daran fest, gute Vorschläge zu machen, weil wir helfen wollen, die Energiewende erfolgreich umzusetzen.

Ende August erwarten wir gespannt den Bericht „Energiewendemonitor“, der in Auftrag gegeben ist. Wir gehen davon aus, dass der Bericht unsere Argumente bestätigen wird und hoffen, dass damit die Energiewende für alle erneuerbaren Energien, vor allem aber auch für die Photovoltaik - weiter konsequent vorangetrieben wird. Nur so werden wir in diesem Bereich echt zukunftsfähig werden können.

Und auch wenn wir uns jetzt in diesem Schreiben auf die Aspekte rund um die Photovoltaik beschränkt haben: Auch die Solarthermie hat ein großes Potential und kann – wenn richtig flankiert - die Energiewende im wichtigen Wärmebereich unterstützen. Auch hier stehen einsatzbereite Produkte, erfahrene Planer:innen und Handwerker:innen/Installierende bundesweit zur Verfügung.

Über Rückfragen und Anmerkungen würden wir uns freuen, senden Sie diese bitte per Mail an info@dgs.de oder direkt an die Verfasser.

Damit verbleiben wir mit sonnigen Grüßen

Jörg Sutter,
PV-Experte der Deutschen Gesellschaft für Sonnenenergie (DGS) e.V.
sutter@dgs.de

Frank Späte,
Präsident der Deutschen Gesellschaft für Sonnenenergie (DGS) e.V.
spaete@dgs.de für das Präsidium der DGS e.V.

Verwendete Quellen:

- [1] Akzeptanzstudie Bevölkerung
<https://www.unendlich-viel-energie.de/akzeptanzumfrage-2024>

- [2] Zeit-Kolumne Marcel Fratzscher, Präsident DIW
<https://www.zeit.de/wirtschaft/2025-07/klimakrise-deutschland-industrie-klimaschaeden-energie-buerokratie>

- [3] Widerspruch von Vattenfall
<https://www.n-tv.de/politik/Vattenfall-Chef-widerspricht-Wirtschaftsministerin-Reiche-article25912750.html>

- [4] Jahresbericht AG Energiebilanzen
<https://ag-energiebilanzen.de/jahresbericht-der-ag-energiebilanzen-liefert-aktuellste-daten-zur-energiewirtschaft/>

- [5] BSW-Statistik zum PV-Markt
https://www.solarwirtschaft.de/datawall/uploads/2022/02/bsw_faktenblatt_photovoltaik.pdf

- [6] Bericht zur Netzbetreiberstudie 2025
<https://www.zfk.de/energie/strom/studie-netzbetreiber-2025-kunden-zufriedenheit>

- [7] Quartalsbericht der Bundesnetzagentur zu SmartMeter-Rollout
https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Fachthemen/ElektrizitaetundGas/NetzzugangMesswesen/Mess-undZaehlwesen/iMSys/_DL/Roll-out-Quoten_Q1_2025.xlsx

- [8] Bericht BNetzA:
www.bundesnetzagentur.de/DE/Fachthemen/ElektrizitaetundGas/VerteilerNetz/ZustandAusbauVerteilernetze2022.pdf

- [9] Stellungnahme zum EnWG-Entwurf der DGS
https://www.dgs.de/wp-content/uploads/2025/07/250718_dgs_stellungnahme_enwg.pdf